

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei fortwährender Abnahme des Monats 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Verkauftellen Bestellungen entgegen. Unser Preisband beginnt für Deutschland und Österreich 18,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. gütlich. Verlagsanstalt, von Berlin für Deutschland und Österreich 10,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Curtius & Co., Breite Straße 8-9.

Die achtzehntägige Konzeptionszeit über deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Keine Anzeigen! Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Berichte 1,20 M. netto pro Zeile. Druck-Geld in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Gesamtpreis: Zentrum 2030, 2045, 4510 4603, 4635, 4640, 4822.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Kampf um die Sozialisierung des Kohlenbergbaues beginnt

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ruft zur Aktion

Schwer drückt die Krise auf die Arbeiterklasse. Die Kaufkraft der Löhne ist infolge der raschen Geldentwertung immer mehr gesunken und das Einkommen der arbeitenden Massen ist weit zurückgeblieben hinter der Steigerung der Preise. Aber die sind noch bevorzugt, die Arbeit haben und Lohn beziehen. Verzweifelt ist die Lage derer, die arbeitslos oder Kurzarbeiter sind.

Dem wachsenden Elend kann die Arbeiterklasse nur entrichten, wenn die kapitalistische Produktionsweise überwunden wird, wenn in einer sozialistischen Gesellschaft nicht mehr für den Profit des Kapitals, sondern für die Bedarfsdeckung der Massen planmäßig produziert wird. Der Sozialismus kann aber nur verwirklicht werden, indem die Staatsmacht in den Dienst der Umgestaltung der Gesellschaft gestellt wird. Deswegen führen wir den Kampf um die Eroberung der politischen Macht.

Dieser Kampf kann nur beginnen um bestimmte Ziele, die dem Proletariat wirkliche Machterweiterung bringen. Eine solche Frage steht gegenwärtig im Vordergrund. Es ist die Sozialisierung des Bergbaus. Sie wird im Reichswirtschaftsrat bereits beraten. Das Reichswirtschaftsministerium arbeitet einen Gesetzentwurf aus, der in nächster Zeit dem Reichstag vorgelegt werden soll. Die Entscheidung über die wichtigste wirtschaftliche Machtposition des deutschen Kapitalismus steht also unmittelbar bevor. Es soll darüber entschieden werden, ob die Naturschätze noch länger ein kapitalistisches Monopol bleiben oder der Allgemeinheit gehören sollen. Es soll darüber entschieden werden, ob die Verfügung über den Produktionszweig, von dem heute mehr als je die gesamte übrige Wirtschaft abhängt, der Willkür privater Besitzer ausgeliefert oder der Gesellschaft gehören soll, die dann erst imstande sein wird, wirklich wirksame Wirtschaftspolitik zu treiben.

Die bürgerliche Welt hat die Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung erfasst. Einig und geschlossen bekämpfen sie die Sozialisierung. Ihre politischen Parteien werden alles daran setzen, als Wähler des bürgerlichen Klasseninteresses jeden Schritt in der Richtung auf den Sozialismus zu verhindern. Die Organisationen der Unternehmer bestärken die Regierung mit Eingaben und Protesten. Das Zeichenkapital führt in der bürgerlichen Presse einen intensiven Feldzug um die Erhaltung seiner Machtstellung.

Die bürgerliche Regierung schwankt unschlüssig hin und her. Auch sie möchte die Stellung des Kapitals lieber stärken als mindern, aber sie fürchtet die Haltung der Arbeiterklasse.

Und das ist das Entscheidende, das allein Ausschlaggebendes! Nur von der Macht und Geschlossenheit der Arbeiterklasse wird es abhängen, ob jetzt ein Schritt vorwärts getan wird oder ob die Sozialisierung Platz bleibt. Es ist aber allerhöchste Zeit, daß die Arbeiterklasse ihren Willen deutlich zum Ausdruck bringt! Denn dieser Kampf wird ein Machtkampf zwischen den Klassen, ein Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat werden. Das Bürgertum weiß, daß es eine Stellung im kapitalistischen Produktionsprozeß überhaupt verteidigt, wenn es für das sozialisierende eintritt. Die Arbeiterklasse muß wissen, daß es das Interesse nicht nur der Bergarbeiter, sondern der gesamten Klasse ist, dem Kapital die Verfügung über die Kohle zu nehmen.

Deshalb muß die Arbeiterschaft die Macht all ihrer politischen und wirtschaftlichen Organisationen in den Dienst dieses Kampfes stellen. Er kann nicht allein auf parlamentarischen Boden ausgetragen werden, dazu bedarf es aller realen Machtmittel, über die die Arbeiterklasse verfügt. Die Bergarbeiter haben gesprochen, ihre Organisationen haben sich für die Sozialisierung des Bergbaues erklärt. Nunmehr müssen alle Vorbereitungen getroffen werden, um die Verwirklichung der Forderung durchzusetzen.

Zur Einleitung des Kampfes hat unsere Fraktion einen Gesetzentwurf für die Sozialisierung des Bergbaues dem Parlament vorgelegt, der mit einigen Abweichungen dem Voranschlag I der Sozialisierungskommission folgt. Der Gesetzentwurf beschränkt sich absichtlich auf das, was sofort verwirklicht werden muß, aber auch sofort verwirklicht werden kann. Er berücksichtigt in weitgehendstem Maße den bestehenden Zustand und die Notwendigkeiten des Uebergangs. Er stellt also die Minimalforderung der Arbeiterklasse dar, die durchgesetzt werden muß, wenn von einer Sozialisierung des Bergbaues überhaupt gesprochen wird.

Die Unabhängige Sozialdemokratie ruft das gesamte Proletariat auf, diese Aktion zu unterstützen. Unsere Genossen im Lande werden

die Frage der Sozialisierung des Bergbaus in den Vordergrund ihrer Agitation rücken und gemeinschaftlich mit den Gewerkschaften den Kampf organisieren. Der geschlossenen Front des Unternehmertums müssen die geschlossenen Reihen des Proletariats entgegengestellt werden!

Wir wissen, daß auch die Sozialisierung des Bergbaus noch nicht die Verwirklichung des Sozialismus bedeutet. Aber dieser Kampf bedeutet den Anfang. Damit rückt der Sozialismus überhaupt in den Mittelpunkt der Politik und in dem Ringen um die Entscheidung über den Bergbau wird das Proletariat die erste große Schlacht schlagen müssen zur Eroberung der politischen und ökonomischen Macht!

Entwurf eines Kohlenwirtschaftsgesetzes

§ 1. Zu einem einheitlichen Wirtschaftskörper, der Deutschen Kohlegemeinschaft, werden vereinigt: die gesamten deutschen privaten und staatlichen Kohlenbergwerke — Steinkohle und Braunkohle — sowie die Betriebe für Herstellung von Beizette, für Verfestung und Gewinnung von Nebenenergieanlagen, die aus der Verfestung im Werke unmittelbar anfallen. Die Deutsche Kohlegemeinschaft ist der Träger der Kohlenwirtschaft einschließlich der genannten Nebenbetriebe.

§ 2. Die Deutsche Kohlegemeinschaft ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie verwalteit im gemeinwirtschaftlichen Dienst alle Angelegenheiten des Kohlenbergbaues und der in § 1 sonst genannten Betriebe. Sie regelt die Aus- und Einfuhr unter Berücksichtigung der von den zuständigen Behörden erlassenen allgemeinen Aus- und Einfuhrbestimmungen.

§ 3. Alle privaten und staatlichen Kohlenbergwerke und Betriebe nach § 1 werden in das Eigentum der Deutschen Kohlegemeinschaft übernommen. Diese hat das ausschließliche Nutzungsgeschäft. Die Rechte an unveräußerlichen Feldern sind ihr zu übertragen. Sie hat das ausschließliche Recht, Kohlenbergbau und Betriebe im Sinne des § 1 zu betreiben.

Das Enteignungsverfahren wird durch besonderes Gesetz geregelt. Die bestehenden Privatregale und Abbaurechte des Grundeigentümersbergbaues werden durch besonderes Gesetz aufgehoben oder auf die Kohlegemeinschaft überführt.

§ 4. Die Deutsche Kohlegemeinschaft regelt ihre vermögensrechtlichen Angelegenheiten selbständig und verwalteit sie auf Grund kaufmännischer Buchführung. Die Uebereschüsse fließen, soweit sie nicht im Einvernehmen mit der Reichsregierung zur Förderung der Kohlenwirtschaft verwendet werden, der Reichskasse zu.

§ 5. Die Festsetzung der Kohlenpreise bedarf der Genehmigung der Reichsregierung.

§ 6. Die Organe der Deutschen Kohlenwirtschaft sind: 1. der Reichskohlenrat (RK); 2. das Reichskohlendirektorium (RKD).

§ 7. Der Reichskohlenrat besteht aus 100 Mitgliedern. Von den Mitgliedern werden gewählt: 15 von den Leitern der Bergbaubezirke und der Betriebe, 25 von den Arbeitern der Deutschen Kohlegemeinschaft, 10 von den Angestellten der Deutschen Kohlegemeinschaft, 14 von den verbrauchenden Industrie und 10 von den letzten Verbrauchern. Die 14 Vertreter der verbrauchenden Industrie sind je zur Hälfte aus Arbeitern und Angestellten und Unternehmern zu bilden. Als Vertreter der Gesamtinteressen werden je 6 sachverständige Mitglieder von dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat bestellt, 14 allgemein technisch und wirtschaftlich erfahrene Mitglieder durch den Reichskanzler ernannt. Von den bestellten und ernannten Mitgliedern dürfen nicht mehr als 8 Reichs-, Landes- oder Kommunalbeamte sein.

Die näheren Bestimmungen über das Wahloverfahren für die erste und die späteren Wahlen erläßt der Reichswirtschaftsminister nach den Grundzügen, die der Reichstag aufstellt.

§ 8. Die Mitgliedschaft im Reichskohlenrat währt vier Jahre mit der Maßgabe, daß jedes Jahr der vierte Teil der Mitglieder ausscheidet.

§ 9. Der Reichskohlenrat gibt sich seine Geschäftsordnung.

§ 10. Der Reichskohlenrat bestellt das Reichskohlendirektorium. Dieses besteht aus fünf Mitgliedern, welche nicht Mitglieder des Reichskohlenrats sein müssen. Die Mitglieder werden vom Reichskohlenrat auf fünf Jahre ernannt. Sie können jederzeit durch einen mit Zweidrittelmehrheit nach Maßgabe der Geschäftsordnung zu fassenden Beschluß des Reichskohlenrats abberufen werden. Sie erhalten feste Bezüge.

§ 11. Das Reichskohlendirektorium gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung des Reichskohlenrats unterliegt.

§ 12. Das Reichskohlendirektorium hat einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, deren Befugnisse in der Geschäftsordnung geregelt werden. Sie sollen gemeinsam weitgehende Vollmachten zum selbständigen Handeln besitzen.

§ 13. Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Reichskohlendirektoriums werden aus dessen Mitgliedern vom Reichskohlenrat bestimmt.

§ 14. Das Reichskohlendirektorium führt die Geschäfte der Deutschen Kohlegemeinschaft auf Grund eines alljährlich beim Reichskohlenrat einzubringenden Wirtschaftsplanes und nach Maßgabe der Geschäftsordnung des Reichskohlenrats. Die Geschäftsführung des Reichskohlendirektoriums diejenige Handlungsfreiheit und selbständigen Befugnisse gewähren, die zu einer wirksamen und geordneten Geschäftsführung erforderlich sind. Hierzu gehört insbesondere das Recht, selbständig unvorhergesehen notwendige Ausgaben zu machen und in dringenden Fällen bis zu einer in der Geschäftsordnung zu bestimmenden Höchstgrenze Kredit in Anspruch nehmen. Das Reichskohlendirektorium ernennt die Leiter der Bergbaubezirke, und nach Anhörung derselben sowie der Betriebsausschüsse der Werke die Leiter der Bergwerke und sonstigen Betriebe.

§ 15. Der Reichskohlenrat hat die Oberleitung der Kohlenwirtschaft und die Heberwachung der Geschäftsführung des Reichskohlendirektoriums. Insbesondere ist seine Zustimmung erforderlich für die Errichtung neuer Werke, Stilllegung und Zusammenlegung von Betrieben, die Abgrenzung der Bergbaubezirke und der Betriebsseinheiten sowie für den Abschluß der Tarifverträge (§ 21) und die Festsetzung der Preise der Bergwerkserzeugnisse. Ferner genehmigt er den vom Reichskohlendirektorium aufgestellten Bewirtschaftungsplan.

Die zwischen den Betriebsleitungen und den Arbeiter- und Angestelltenvertretungen abgeschlossenen besonderen Vereinbarungen sind zur Kenntnis des Reichskohlenrats zu bringen.

§ 16. Das Gebiet des deutschen Kohlenbergbaues einschließlich der Betriebe nach § 1 wird in etwa zwanzig Bezirke und wirtschaftlich zusammenhängende Bezirke eingeteilt. Das Reichskohlendirektorium kann aus zweckmäßigkeitgründen einzelne dieser Bezirke von der Zuteilung an einen Bezirk ausnehmen und sich unmittelbar unterstellen.

§ 17. Jeder Bezirk wird einem Generaldirektor unterstellt.

§ 18. Die Generaldirektoren und die Direktoren der Kohlenbergwerke und sonstigen Betriebe werden durch Privatdiebstvertrag auf Zeit ange stellt. Sie erhalten feste Bezüge und Sondervergütungen nach Maßgabe der Betriebsergebnisse unter Berücksichtigung der in der Privatindustrie üblichen Höhe.

§ 19. Der Reichskohlenrat hat das Recht, den Kohlenhandel in gemeinwirtschaftlicher Form zu regeln.

Die Verteilung des Hausbrandes liegt den Gemeinden ob, die sich hierzu genossenschaftlicher Organisationen als ihrer Organe bedienen können.

§ 20. Aus- und Einfuhrhandel mit Kohle (Stein- und Braunkohle) und den Erzeugnissen der in § 1 genannten Betriebe werden vom Reichskohlendirektorium geleitet.

§ 21. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind zwischen dem Reichskohlendirektorium und den zuständigen Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten zu vereinbaren.

Die Bezahlung der Arbeiter und Angestellten besteht aus festen Bezügen und aus Prämien entsprechend den Leistungen.

§ 22. Für den Bereich jeder Zeche oder eines Betriebes des § 1 wird ein Betriebsrat und ein Betriebsausschuß nach den Vorschriften des Betriebsvertrages vom 4. Februar 1920 gebildet. Die Betriebsausschüsse eines Bezirkes (Generaldirektionsbezirk) wählen einen Regionalrat, der aus fünf Mitgliedern, darunter mindestens je einem Vertreter der kaufmännischen und technischen Angestellten, besteht. Die Regionalräte haben ihre Spitze als Reichsausschuß in den Arbeitnehmervertretern des Reichskohlenrats. Die Befugnisse dieses Vertretungsgremiums werden, soweit sie über das Betriebsvertragesgesetz hinausgehen, durch Tarifvertrag festgelegt.

§ 23. Das Verhältnis der Bergbauarbeiten zu den allgemeinen geschäftlichen Betriebsvertritten wird durch eine von dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsarbeitsminister nach Anhörung des Reichswirtschaftsrats zu erlassende Verordnung geregelt.

§ 24. Die Reichsregierung hat vor Ausübung der ihr nach diesem Gesetz zustehenden Befugnisse (§§ 4, 5, 12) den Reichswirtschaftsrat anzuhören.

Begründung.

Für die eingehende Begründung dieses Gesetzentwurfes verweist die Fraktion auf die prinzipiellen Gesichtspunkte in dem vorläufigen Bericht vom 15. Februar 1919 der Mehrheit der ersten Sozialisierungskommission. Insbesondere wollen wir keinen Zweifel darüber lassen, daß wir in der Sozialisierung des Bergbaues nur den einleitenden Schritt

zur Verwirklichung der sozialistischen Produktionsweise über-
haupt sehen.

Wir sind der Ansicht, daß das Wirtschaftsleben eines
grundsätzlich neuen Aufbaus bedarf, daß die
schwere Krise des Kapitalismus nur durch die Durch-
führung des Sozialismus überwunden werden
kann. Wir wollen mit der Sozialisierung des Kohlenberg-
baues deshalb beginnen, weil dieser Wirtschaftszweig durch
die in ihm durchgeführte Organisation und Konzentration
des Kapitals die technisch-ökonomischen Vorbedingungen er-
füllt und damit zugleich eine entscheidende Machtposition
über das Wirtschaftsleben aus der Herrschaft des Kapitalis-
mus in die Verwaltung der Allgemeinheit
überführt wird.

Wir haben deshalb den von der Sozialisierungskommission
ausgearbeiteten Gesetzentwurf, der dem Vorschlag I entspricht,
mit einigen Änderungen an den Reichstag gebracht.
Dieser Entwurf entspricht nicht in allen
Einzelheiten den weitergehenden For-
derungen, die die Arbeiterklasse zu stellen
berechtigt ist. Insbesondere behalten wir uns unsere
Stellungnahme zur Entschädigung, die in der Reichsver-
fassung vorgesehen ist, vor. Diese ist eine Frage der
Machtverhältnisse der Klassen.

Grundsätzlich vertreten wir den Standpunkt, daß in
einer sozialistischen Gesellschaft kein Raum für eine andere
Art des Einkommens als für Arbeitseinkommen
sein kann. Unsere Stellung zur Entschädigung bei Einzel-
sozialisierungen hängt ab außer von den bei der Entschädi-
gung befolgten Grundsätzen von der Art der Aufbringung
der Kosten, also von der Gestaltung der Steuern. Aber wir
bringen diesen Gesetzentwurf ein, um ihn zur Grundlage
der Beratung zu machen gegenüber allen den Vorschlägen,
die kapitalistische Herrschaft im Kohlenbergbau aufrecht zu er-
halten, denen fälschlich der Name Sozialisierung beigelegt
wird.

Die Kriegsschuldigen straffrei

Das Gesetz über den Staatsgerichtshof

Die Schuldigen am Kriege sollen außer Verfolgung bleiben,
das ungeheure, von ihnen über die ganze Menschheit herauf-
beschworene Unglück nicht gesühnt werden. Das ist der Sinn
des Gesetzes über den Staatsgerichtshof, den der Reichstag
am Donnerstag angenommen hat.

Für die Arbeiterklasse hat nie ein Zweifel daran
bestanden, daß in einem kapitalistischen Staate eine bürger-
liche Regierung nie die Hand dazu bieten wird, das un-
geheure Verbrechen zu sühnen, das diejenigen auf sich ge-
laden haben, die den Krieg heraufbeschworen. Aber noch im
vergangenen Jahre ist von der Regierung stets der Eindruck
herorgehört worden, als wenn sie wenigstens die schlimm-
sten Verbrechen abtun und einige der Kriegsverbrecher vor
ein Gericht stellen wollte. Zu diesem Zweck ging der National-
versammlung eine Vorlage über die Errichtung eines
Staatsgerichtshofes zu. Darin war diesem Gerichtshofe eine
dreifache Kompetenz in Aussicht gestellt worden. Er sollte
sein:

1. entscheidender Gerichtshof für Verfassungs- und Ver-
waltungsstreitigkeiten, die auf Grund der Verfassungs-
urkunde entstehen;
2. ein Gerichtshof zur Entscheidung über Minister-
anklagen und über Anklagen gegen den Reichspräsidenten und
den Reichskanzler;
3. ein außerordentlicher Gerichtshof über die am Kriege
Schuldigen.

Der jetzt vom Reichstag verabschiedete Entwurf enthält
aber nur die beiden ersten Befugnisse. Mit keinem Wort ist
mehr die Rede davon, daß der Staatsgerichtshof Anklage-
tribunal für die Kriegsverbrecher und -verbrecher sein soll.
Die bürgerliche Regierung lüftet die Mäute.
Sie glaubt, das Versteckspielen nicht mehr notwendig zu haben
und solidarisiert sich öffentlich mit jenen Verbrechern,
die kaltblütig die Abschachtung von Millionen Menschen
und die Verelendung der großen Massen der Bevölkerung
heraufbeschworen.

Die Sühne der Kriegsverbrecher und -
verbrecher bleibt also einzig und allein dem
Proletariat überlassen. Die politischen Illu-
sionen, als ob es in der bürgerlichen Gesellschaft „Recht“ und
„Gerechtigkeit“ gäbe, als ob die bürgerliche Gesellschaft sich
reinigen wolle von der auf ihr ruhenden gewaltigen Schuld
ihrer früheren Herrscher und Führer, ist endgültig begraben.
Die Sühne wird erst erfolgen, wenn das Proletariat,
im Besitze der politischen Macht, daran gehen wird, die
Grundpfeiler einer neueren bürgerlichen Gesellschaft zu errichten.

Ehrenrettung für Dr. Hermes

Amlich wird mitgeteilt: Auf Beschluß des Reichskabinetts hatte
der Reichskanzler am 16. d. M. den Reichsjustizminister
und den Reichsfinanzminister damit beauftragt, die Sach-
und Rechtslage hinsichtlich der gegen die Verleumdung des Reichs-
ernährungsministers und seine Geschäftsführung erhobenen
Vorwürfe festzustellen. Die Minister haben nunmehr die
Verfügung abgeschlossen, ob und inwiefern die Angriffe den Minister
Dr. Hermes, unbeschadet seiner staatsrechtlichen und politischen
Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstage, persönlich belasteten.
Auf Grund ihres Berichtes kam das Kabinett einstimmig zu
dem Ergebnis, daß die persönliche Ehrenhaftigkeit
des Ministers außer allem Zweifel steht.

Wir haben unsere Stellung dem Ernährungsminister
gegenüber ausführlich dargelegt. Die dem Untersuchungs-
ergebnis stehen wir mit schärfstem Mißtrauen gegenüber und
haben keine Veranlassung, unsere Auffassungen irgendwie zu
berichtigen.

Der englische Streik

In der Streiklage ist keine wesentliche Veränderung eingetre-
ten. Die Führer der Bergarbeiter sind aus ihren Distrikten nach
London gerufen worden, wo sie jedenfalls heute, Sonnabend,
nachmittags eine Konferenz abhalten werden.

Smilie hat in einer Rede in Glasgow neuerdings erklärt,
die Bergleute seien bereit, mit den Grubenbesitzern für die
Erhöhung der Produktion zusammen zu arbeiten, falls
ihnen die gewünschte Erhöhung der Löhne zugestimmt wird.
„Times“ beurteilt die Lage sehr pessimistisch und sagt:
Wir sind am Rande des Abgrundes. „Morning Post“ tritt da-
für ein, daß die Regierung gegenüber dem Streik hart bleiben
soll, während die Drohungen mit Streiks anhalten und auf die
Dauer die Industrie zerstören. „Daily Telegraph“ nimmt den
selben Standpunkt ein und meint, es sei keine Frage von Löh-
nen, sondern eine Frage um Leben oder Tod der demo-
kratischen Regierung.

Die Schuldenwirtschaft der Eisenbahn

Ein Defizit schon während des Krieges — Zu niedrige Löhne — Riesen- gewinne der Privatindustrie

Allmählich kommt Licht in die Ursachen der Defizit-
wirtschaft bei der Eisenbahn. Selbst Teile der bürger-
lichen Presse müssen allmählich einsehen, daß die Behauptung,
die „Faulheit“ der Arbeiter und die hohen Löhne seien
schuld an dem ständig wachsenden Defizit, eine Verleumdung ist,
die dadurch nicht zu einer Wahrheit wird, daß sie trotz aller
von den Eisenbahnern bereits vorgebrachten Gegenbeweise
ständig wiederholt wird. Das „Berliner Tageblatt“ veröffent-
licht eine lange und ausführliche Darstellung über

die Lage der deutschen Eisenbahnen,
die zu den interessantesten Ergebnissen führt. Es stellt sich
heraus, daß die Defizitwirtschaft schon während des Krieges be-
stand und daß neben dem außerordentlich hohen und teuren
Kohlenverbrauch die enormen

Gewinne der Montanindustrie
die wesentlichsten Ursachen für das Defizit sind. Uns überrascht
das, wie gesagt, nicht, denn das gleiche ging hervor aus mehr-
fachen Zuschriften aus Eisenbahnkreisen, die wir veröffentlichten
konnten. Aber gerade darum gehen wir auf diese Bestäti-
gung unserer Auffassung ein, die sich auf authentische Zahlen
stützen kann.

Im Jahre 1918 lagen mehr als 14 1/2 Milliarden Anlage-
kapital in den preussischen Bahnen. Während sich bis in die
Kriegsjahre hinein Einnahmen und Ausgaben etwa in den stats-
mäßig vorberechneten Grenzen hielten, wuchs infolge des ständig
zunehmenden Materialmangels und der aus allgemeinen
Gründen steigenden Teuerung das Ausgabenkonto so unge-
heuerlich an, daß sich

Jahres 1918
gegen die planmäßige Sollausgabe von 2 996 754 000 M. eine
wirkliche Ausgabe von 4 778 367 000 M., das heißt
eine Mehrausgabe von 1 781 613 000 M. oder von 59,45 Prozent
ergab. Der wirkliche Abschluß stellte sich also schon 1918 um an-
nähernd 2 Milliarden oder 268,00 Prozent niedriger als
der Anschlag. Auf einen Kilometer durchschnittlicher Be-
triebslänge war ein Betriebsüberschuß von 18 007 M.
veranschlagt. Es ergab sich aber ein Fehlbetrag von 30 451 M.
Das alles gilt für das Betriebsjahr 1918, also ganz überwiegend
für eine Zeit vor der Revolution.

Die Gesamtverhältnisse veränderten sich außerordentlich schnell
in unglücklichem Sinne, wie eine Gegenüberstellung der Ein-
nahmen und Ausgaben in den Jahren 1917 und 1918 zeigt. Bei
fast unveränderter Gesamtlänge des Bahnnetzes stand 1918 der
genannte Fehlbetrag einem Ueberschuß von 566 733 000 M. im
Jahre 1917 gegenüber. Auf einen Kilometer kamen somit statt
14 070 M. Ueberschuß 1917

30 451 M. Schulden 1918.

Oder: auf 100 M. der Gesamteinnahme ergab sich 1918 ein Fehlbetrag
von 34,82 M. gegen 16,23 M. Ueberschuß 1917. Die
Eisenbahnschulden der Staaten wuchsen demnach an, daß
1919 bzw. 1918 bei der Übernahme der Staatseisenbahnen auf
das Reich die Schulden in Preußen rund 75 Prozent, in
Bayern 88 Prozent, in Sachsen 75 Prozent, in Württem-
berg 83 Prozent, in Baden 63 Prozent, in Hessen 93 Pro-
zent, in Mecklenburg 93 Prozent und in Oldenburg
102 Prozent des gesamten Anlagekapitals der betreffenden Staa-
ten betragen.

Zu den Ursachen dieser Katastrophe, die nicht zu Unrecht als
Zusammenbruch der Eisenbahnfinanzen

bezeichnet werden kann, gehört zunächst der wüste Raub-
bau am Bahnmateriale, der besonders in den letzten
Kriegsjahren betrieben wurde. Auf dem weiten Gebiet Europas
von der belgischen Nordseeküste bis zum Schwarzen Meer ver-
kehrte deutsches Bahnmateriale. Das Material wurde in einer
Weise heruntergewirtschaftet, daß jeder Militärtransport und
jeder Ueberführung zu einer Lebensgefahr für die Passa-
giere wie für das Bahnpersonal wurde. Das rächt sich jetzt.
Die rücksichtslose Verwahrlosung des Bahnmateriale hat dazu
geführt, daß die Reparaturkosten in den letzten Jahren, etwa
von 1918 ab, ins Endlose gestiegen sind, sofern Reparaturen
überhaupt noch möglich waren. Neuanfassungen im
Fahrparkbestand der preussisch-hessischen Bahnen fanden nur in-
geringem Umfange statt, von 1918 ab ist kaum noch eine Vermeh-
rung des Fahrparks zu verzeichnen. Die Beschaffungs-
kosten stellten sich, im Durchschnitt des Jahres 1918 betrachtet,
für eine Dampflokomotive bereits auf 75 470 M., für einen
Personenwagen pro Achse auf 6000 M. und für einen Güter-
wagen auf 1546 M. pro Achse.

Seitdem ist eine weitere allgemeine Steigerung der Preise zu
verzeichnen. 1914—1920 stiegen die Beschaffungskosten von Kohlen
um 1380 Prozent. Eine mittlere Lokomotive kostete be-
reits Ende 1919 fast sechsmal soviel wie 1914. Die Anschaffung
eines bedachten Güterwagens von 15 Tonnen Laßfähigkeit stellte
sich am 1. März 1920 um fast 950 Prozent höher als 1914. Das
zur Erhaltung der technischen Anlagen und der Maschinen unent-
behrliche Schmier- und Mineraleöl war am 1. März 1920
um 530 Prozent teurer als am 1. April 1915. Zur gleichen Zeit
sind die Frachttarife nur um 400,64 Prozent bis 1. März 1920 seit
1914 erhöht worden.

Es liegt auf der Hand, daß in dieser wahnsinnigen Verteuerung
aller Ankosten für den Eisenbahnbetrieb vorwiegend

riesenhafte Gewinne der Industriellen
stecken, denn kein Mensch kann wohl behaupten, daß die Löhne in
der Eisenindustrie und im Kohlenbergbau schuld sind an dieser
schwindelhaften Erhöhung der Preise. Man betrachte die Prozent-
steigerung der Preissteigerung und vergleiche sie mit der prozentualen
Steigerung der Löhne gegen 1914, und man wird finden, daß die
Lohnsteigerung einen verhältnismäßig kleinen Bruchteil der
gesamten Preissteigerung ausmacht, wobei wir ganz davon ab-
sehen, daß es durch Verbesserung der Technik ein leichtes wäre,
die Steigerungen der Löhne durch eine Verbilligung der Produk-
tion wieder wettzumachen.

Ebenso ist im Eisenbahnbetrieb selbst die Lohnsteigerung nicht
so bedeutend, daß sie bei der Entstehung des Defizits entscheidend
ins Gewicht fallen könnte. Hierüber teilt die Darstellung des
„Berliner Tageblatts“ folgendes mit:

„Danach werden Hilfskräfte des mittleren technischen Dienstes,
die 1895 5,34 M. erhielten, mit 16,52 M. bezahlt, Hilfskräfte
im Maschinendienste erhielten 1918 pro Tag berechnet 11,70
gegen 2,52 M. im Jahre 1895. Werkstattarbeitern wurden
1918 im Tageslohn mit 14,50 M. und im Stücklohn mit 16,20
Mark gegen 2,99 bzw. 2,95 M. im Jahre 1895 bezahlt.“

Dazu schreibt das „Berliner Tageblatt“, das vor noch gar nicht
langer Zeit bedenkenlos die Legende von den satthafte Löhnen
weiterverbreitete, folgendes:

„Hieraus geht hervor, daß zwar die Löhne sich vervielfacht
haben, daß sie aber in keiner Weise als unverhältniß-

mäßig hoch neben den Gesamtausgaben und der Verteuerung
der Lebenshaltung bezeichnet werden könnten.“

Dafür aber hat das Eisenbahnpersonal dadurch, daß die Löhne
beständig und bis auf den heutigen Tag zurückbleiben hin-
ter den Kosten der Lebenshaltung, ungeheuerlichen
Schaden an seiner Gesundheit genommen. Wie sehr die allge-
meine Widerstandsfähigkeit gelitten hat, beweist

die Anzahl der Krankheitsfälle,
die von 221 206 im Jahre 1917 auf 451 677 im Jahre 1918 stieg.
Das „Berliner Tageblatt“ schließt:

„So wenig eine Herabsetzung der Löhne im Augenblick durch-
geführt werden kann, so schwer und auf die Dauer unmöglich ist
es, ständige Erhöhungen der Preise zuzulassen und auszuhalten.
Es ist gerade bei dem vorliegenden Fall unzweifelhaft, daß die
enormen Gewinne, die noch heute in der Montanindustrie ge-
macht werden, zu ihrem größten Teil als Lasten auf den
Verbraucher zurückwirken. Gerade die Eisenbahn ist
vollständig abhängig von der Privatindustrie, und gerade die
Eisenbahn als Haupttransportmittel für Waren und nahezu
einzige Verkehrsmöglichkeit muß diese außerordentlich hohen
Gehaltskosten ihres Betriebsmaterials auf die allgemeine
Wirtschaft abwälzen.“

Womit gesagt ist, daß auch die allgemeine Teuerung
zum Teil begründet ist in der Auswucherung der Eisenbahn durch
die Schwerindustrie.

Wir haben dem einstweilen nichts hinzuzufügen. Aber wir
werden wieder das Wort ergreifen und an diese Feststellungen
erinnern, wenn die Verleumdung der „hochbezahlten“ Beamten
und Arbeiter von neuem laut werden sollte.

Es trifft sich gut, daß gleichzeitig der Bezirk Köln des
Deutschen Eisenbahnerverbandes in Form eines
offenen Briefes

an den Reichsfinanzminister Wirth
eine Zuschrift an die Presse verendet, die die obengemachten An-
gaben vorzüglich ergänzt und noch einmal Protest erhebt
gegen die Verleumdung der Eisenbahnerbediensteten.
Wir geben die Zuschrift, die gleichzeitig eine Anklage ist,
nachfolgend gefürzt wieder:

„Hörigste wird in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß
die Beamenschaft durch ihre Unerschlichkeit und übertriebenen
Forderungen den Staat dem Ruin zuführe. Gegen die ständige
Berungsimpfung muß mit aller Entschiedenheit von der Eisen-
bahnerchaft Protest eingelegt werden.“

Wenn Sie, Herr Minister, auf Grund der nachfolgenden Zahlen
es einmal versuchen würden, einen Haushaltsplan so aufzu-
stellen, daß die Familie lebensfähig bleiben kann, so würden Sie
sich unsterblichen Ruhm erlangen.

So beträgt das Anfangseinkommen in der höchsten
Ordnungsklasse:
Klasse I 787,50 M. Klasse III 625,00 M.
in der niedrigsten Ordnungsklasse:
Klasse II 652,50 M. Klasse III 700,00 M.

Bis jetzt habe ich noch niemand gefunden, dem es möglich wäre,
daraus leben, vielmehr sich Heiden zu können.
Demgegenüber erhält hier in Köln im Privatberufe eine 22-jäh-
rige Kontoristin 1030 M. Tariflohn, ein 23-jähriger Hausdiener
250 M. mündellich, ein Nachwächter bei einer für die Bahn arbei-
tenden Bauirma 1500 M. monatlich.

Glauben Sie, Herr Minister, daß die erkämpften Tarife etwa
über das Maß hinausgehen, was zum Leben unbedingt not-
wendig? Ich muß auch hier an das Gegenteil glauben.

Der großen Masse der Eisenbahner überläßt man es, sich mit
Kummer und Sorgen mühsam am Leben zu halten, man bringt es
fertig, sich mühselig an der Gefährdung des Bahnbetriebes da-
durch zu machen, daß man Gut und Leben der Reichen Männern
in die Hände legt, denen das häusliche Elend fortgesetzt vor dem
geistigen Auge vorüberziehen muß.

Die in den weichen Postern durch die Welt laufenden Reisenden
würden wohl etwas weniger sorglos den Zug betreten, wenn sie
auch nur einen Schimmer von der Not derjenigen hätten, denen
ihr Leben in die Hand gegeben ist.

Trotz allem Jammer heißt es doch immer wieder: „Ihr habt
genug an Einkommen“.

Wir aber können nicht mehr ruhigen Mutes zusehen, wie das
Recht gebeugt und uns ständig Unrecht zugefügt wird. Daß wir
nicht schuldlos an dem wirtschaftlichen Rückgang
der Staatsbahnen, das dürften die folgenden Zahlen zur
Genüge beweisen.

Nach den Berichten über die Ergebnisse des Betriebes der
preussisch-hessischen Staatsbahnen betragen die persönlichen
Ausgaben

1912: 48,73 %, 1913: 48,68 %, 1918: 42,41 %,
während die jährlichen Ausgaben
1912: 51,27 %, 1913: 51,32 %, 1918: 57,50 %
der Gesamtausgaben betragen.

Wir sehen also hier, daß die jährlichen Ausgaben gestiegen sind.
Von 1919 liegen noch keine Gesamtberichte vor, wohl aber das
vom Kontrollbezirk Köln.

Hier betragen die Einnahmen . . . 1 236 506 277,74 Mark
die Ausgaben . . . 743 497 306,49 Mark
demnach ein Betriebsüberschuß von 490 008 471,25 Mark

Also in einem Jahre, wo der Eisenbahnfehlbetrag bereits mehrere
Milliarden betrug, wirtschaftet ein einziger Kontrollbezirk einen
Betriebsüberschuß von 490 Millionen Mark heraus.

Und nun frage ich Sie, Herr Minister: Wo bleiben die Ueber-
schüsse?

Vorerst noch eine Tatsache. Die Gesamteinnahme 1918 betrug
3 549 825 977 Mark. Für die Lokomotive- und Wagenbeschaffung
wurden ausgegeben: 602 750 183 Mark, demnach nur 17 Prozent
der Gesamteinnahme nur für Lokomotiven und Wagen. Die Aus-
gaben für Neubauten allein betragen 1919 im Direktionsbezirk
Köln 109 001 432 Mark.

Und nun frage ich Sie, Herr Minister: Sind die Finanzen der
Eisenbahn durch die Löhne und Gehälter so ungünstig beeinflusst,
wie Sie es durch die Presse wissen lassen?

Ich erkläre Nein und abermals Nein.

Wir aber stellen auf Grund des Ergebnisses im Dir. Bez. Köln
die Frage: Sind die Bediensteten daran schuld, daß die Fortschritts-
der Bauten an den zahlreich angelegenen, z. B. strategi-
schen Bahnlinien horrenden Summen verfallen?

Können wir dafür, daß die Beschaffungskosten sämtlicher
Materialien im Minimum um das 15fache, z. T. bis zum
35fachen gestiegen sind? Können wir verantwortlich dafür ge-
macht werden, daß bei einer durchschnittlich 20fachen Verteue-
rung der notwendigen Materialien, sowie der min-
destens 20fachen Erhöhung aller Ausgaben und nur
einfachen Friedenseinnahme ein Fehlbetrag
entstehen muß? Die Steigerung unserer Einnahmen an Löhnen
und Gehältern dürften noch unter den Verhältniszahlen der Tarif-
erhöhung bleiben.

Wollt wir dieses wissen und die Not unserer Berufsgenossen
nicht weiter zu ertragen ist, erwarten wir von Ihnen, Herr
Minister, daß Sie den Eisenbahnern das geben, was ihnen Recht ist.
Aus diesem Grunde wird es notwendig sein, in Zukunft, wenn
von Staatsüberbreitung usw. die Rede ist, die Ausgaben für Ge-
hälter und Löhne von denjenigen für Dienstleistungen und Neubauten
zu trennen.

Heute Abend für die Mitglieder der USP (Crispien-Redebour) Extra-Zahlabend Genossinnen und Genossen! Seid zur Stelle und helft am Ausbau der Partei

Der Konflikt in der „Freiheit“- Druckerei beigelegt

Unsere Erwartungen, daß der in der „Freiheit“-Druckerei ausgebrochene Konflikt auf dem Wege der Unterhandlung beigelegt werden würde, haben sich gerechtfertigt. Der Betriebsrat hat gestern nachmittag der Geschäftsleitung der „Freiheit“-Druckerei die Mittelteilung gemacht, daß das Personal seinen Einspruch gegen die Veröffentlichung der Organisationsankündigungen zurückziehe. Damit ist die Angelegenheit auf gütliche Weise aus der Welt geschafft.

Zu unserer gestrigen Veröffentlichung haben wir von der Betriebsversammlung eine längere Erklärung erhalten. Da die Angelegenheit inzwischen beigelegt ist, sehen wir von weiterer Veröffentlichung ab. Wir wollen aber gern davon Kenntnis geben, daß das Personal Wert darauf legt, zu betonen, der Beschluß sei nur gegen zwei Stimmen gefaßt worden und die Geschäftsleitung habe keine gütliche Einigung versucht. Die Erklärung betont ferner, daß die Geschäftsleitung der „Freiheit“-Druckerei es abgelehnt habe, die Organisationsankündigungen partiell zu handhaben, deswegen sei auch der ganze Konflikt ausgebrochen.

Zu dieser letzten Behauptung haben wir noch zu bemerken, daß nicht die Geschäftsleitung der „Freiheit“-Druckerei für die Organisationsankündigungen verantwortlich ist, sondern die Redaktion, und daß die Redaktion in diesem Fall nach dem Beschluß des Zentralvorstandes der Groß-Berliner Parteiorganisationen gehandelt hat.

Die Täuschungspolitik der Neukommunisten

Eines der Hauptargumente der Neukommunisten in ihrem Kampf um die Mitgliedschaften, Vertreibungen und Organe der U. S. P. D. besteht bekanntlich darin, daß sie sich als die Träger des Mehrheitswillens der Partei betrachten, derselben Partei, die sie in Erfüllung der 21 Punkte zerlegen und den Kommunisten in die Arme treiben müssen. „Wir sind die Partei!“ erklären die Neukommunisten in ihrem in Halle herausgegebenen Aufruf. Und weiter erklären sie, daß die Ablehner der Bedingungen weder das Recht hätten, im Namen der Partei zu sprechen, noch ihren Namen zu gebrauchen.

Vergessen ist mit einem Schlage die Verpflichtung, laut Punkt 17 der Moskauer Bedingungen den Namen „Kommunistische Partei des und des Landes (Sektion der 3. Internationale)“ anzunehmen, um jedem Arbeiter den Unterschied zwischen der „verräterischen“ Sozialdemokratie und der kommunistischen Partei klarzumachen. Diese Verpflichtung haben die Neukommunisten in Halle feierlich übernommen, doch schon am nächsten Tage verließen sie ihr neuestes Organ und Kammern sich inbrünstig an den „verräterischen“ Namen der Unabhängigen Sozialdemokratie. Zu welchem Zweck, das verrät sehr deutlich das Chemnitzer kommunistische Organ „Der Kämpfer“, der in seiner Mittwochnummer schreibt:

„Es ist einer der schlimmsten dialektischen Wege der Geschichte, daß eine bestimmte Partei schwerer um das Leben als Partei ringt, ringen muß, um gleich darauf, sobald es den Sieg errungen hat, als solche zu sterben. In dieser schlimmen Lage befindet sich die linke Mehrheit der U. S. P. Sie ringt jetzt heftig um ihr organisatorisches Leben als Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands, um nach errungenem Siege als solche zu sterben und sich auch äußerlich in eine kommunistische Partei zu verwandeln, wie sie es bereits innerlich ist.“

Hört Ihr's, Arbeiter, worauf es den Neukommunisten zu nützt sich ankommt? Sie ringen, nach dem kompetenten Ausspruch ihrer kommunistischen Lehrmeister, um ihr organisatorisches Leben, nicht um die U. S. P. zu erhalten, sondern um als solche zu sterben und sich auch äußerlich in eine kommunistische Partei zu verwandeln. Nun, die Arbeiter in der U. S. P. haben keine Lust, sich von den Däumig-Stoeker-Leuten begraben zu lassen. Kögen die Toten ihre Toten begraben! Wir leben und werden leben, allen Anfeindungen und Treibern zum Trotz!

In einem Anfall von Ehrlichkeit schreibt das Blatt Wilhelm Herzogs, die „Hamburger Volkszeitung“, in seiner Montagsausgabe, die Mehrheit d. h. die halleischen Neukommunisten hätten keinerlei Interesse, sich mit den Crispian und Ledebour um das Firmenschild zu tagelangen. Die Minderheit möge sich inbrünstig an diesen Namen klammern. — Was das Blatt allerdings nicht hinderte, am folgenden Tage den Aufruf der Neukommunisten zu bringen, in dem diese sich inbrünstig an den Namen der U. S. P. klammern, und zwei Tage später darüber zu lamentieren, daß die Fraktion Eichhorn infolge der Verworfenheit der Parteitagminderheit auf den ihr allein zustehenden Namen „Fraktion der U. S. P.“ habe verzichten müssen.

Das dicke Ende

Das offizielle Organ der U. S. P. in Sachsen, der „Kämpfer“ in Chemnitz, erwähnt in einem Leitartikel über Halle vom Montag (Nr. 185) die Neukommunisten etwas unsanft an das, was sie unterschrieben haben. Der „Kämpfer“ schreibt:

„Wir haben zu gut als eine der wichtigsten Lehren der russischen Revolution erfaßt, wie notwendig die Durchdringung der Partei, der die historische Rolle der Führerin in der Revolution zufällt, mit einem Geiste und einem Willen ist, als daß wir Gefahr laufen könnten, Einigungsrummel (1) zu treiben und als daß eine Stimmenabgabe von 200 unabhängigen Parteidelegierten einen Einigungsrummel heraufbeschwören vermöchte. Dieser Stimmenabgabe und den Auseinandersetzungen in den unabhängigen Organisationen, die sich dem Parteitag anschließen werden, müssen die Laten folgen, die beweisen, daß sie mehr als eine Stimmenabgabe war, muß die Ausschaltung aller Elemente folgen, die nicht in eine kommunistische Partei gehören, auch wenn sie viel eicht den Anstoß besüßwortet haben, die Reinigung der Organisation, zu der die kommunistische Internationale alle ihre angeschlossenen Parteien verpflichtet.“

Der Beschluß, den die Neukommunisten in Halle unterschrieben haben, wird also bereits von den Kommunisten präsentiert. Diese wollen seinen „Einigungsrummel“, sondern „Laten“, d. h. Unterordnung unter das kommunistische Kommando, der die „Säuberung“ auf dem Fuße folgen muß. Die Arbeiter, die heute noch den Däumig, Stoeker und Konsorten folgen, werden sehr bald ihr blaues Wunder erleben.

Aus der Partei Der Aufmarsch im Reich

Die Neukommunisten haben in ihren Versammlungen vor dem Parteitag auseinandergesetzt, daß der Name Sozialdemokratie nicht mehr zeitgemäß, ja eine Schandbeuge für den Sozialismus sei. Die Arbeiter, die entschlossen seien, die 21 Moskauer Punkte anzunehmen, mühten deshalb auch äußerlich zum Ausdruck bringen, daß sie mit der Sozialdemokratie nichts mehr zu tun hätten; sie mühten jetzt die Konsequenzen ziehen und sich kommunistisch nennen. Jetzt, wo infolge der 21 Moskauer Bedingungen die Spaltung der Partei vollzogen ist, lehnen sie die Neukommunisten, ihrer Firma auch den entsprechenden Namen zu geben. Jetzt behaupten sie auf einmal, nur sie allein seien berechtigt, den Namen U. S. P. D. in Ehren zu tragen.

Dieses durchsichtige Manöver nicht ihnen aber wenig. Aus allen Orten Deutschlands kommen Nachrichten, daß die Anhänger der alten U. S. P. D., also jene Genossen, die auf dem Boden des Leipziger Aktionsprogramms und des in Halle beschlossenen Manifestes stehen, sich zusammenscharen, um die U. S. P. D. befreit von den russifizierten Elementen, zu einer wirklich aktionsfähigen Partei zu machen. Die Eisenacher Genossen sind in der Lage, ihr Parteiblatt, die „Eisenacher Volkszeitung“, zu erhalten. Der in Leipzig erscheinende „Vollstodt“ bleibt ebenfalls in dem Besitz der Partei. Die Organisation ist gut intakt, da die Mehrheit der hiesigen Mitglieder die neukommunistischen Forderungen ablehnt. Auch der Münchener „Kampfer“ bleibt unerschüttert, ebenso das Parteiblatt in Gera, die „Ostthüringer Tribüne“, sowie die „Volkszeitung“ in Dresden und die „Tribüne“ in Mannheim.

Die Genossen gehen überall mit doppeltem Eifer an die Arbeit, um die Organisationen auszubauen und leitungsartig zu machen. Nachdem die unklaren und russifizierten Elemente der Partei den Rücken gelassen und sich den Neukommunisten angeschlossen haben, lassen sich die Schwierigkeiten eines organisatorischen Neuaufbaus leichter als bisher überwinden. Viele Genossen, die sich in den letzten Wochen, angezogen durch den Wortradikalismus, von der Parteiarbeit zurückgezogen hatten, sind wieder in die Reihen der tätigen Mitglieder getreten und erfüllen ihre Pflicht in der besten Hoffnung auf die Zukunft.

Aus der bayerischen Landtagsfraktion der USP

Die Abgeordneten Dandres und Frau Achenbrenner haben sich von der Reaktion getrennt und sich für Moskau entschieden. Damit scheidet die U. S. P. D. aus dem Direktorium des Landtages zugunsten der bayerischen Mittelpartei aus.

Aus den Berliner Organisationen Tempelhof

In der Generalversammlung der Ortsgruppe Tempelhof gab Genosse Becker eine Erklärung ab, daß die Besürworter der 21 Bedingungen auf dem Parteitag in Halle ihren Anstoß an die kommunistische Partei vollzogen haben. Die Anhänger der U. S. P. D. bedauern es, daß die Genossen, die bisher Schulter an Schulter miteinander gekämpft haben, infolge des Moskauer Diktats auseinandergehen müssen. Sie sehen aber keinen anderen Ausweg, da es in der gegenwärtigen Situation erforderlich ist, volle Klarheit zu schaffen. Die Anhänger der U. S. P. D. verließen nach Verlesung der Erklärung den Saal und tagten an einem anderen Ort weiter. Es wurde ein provisorischer Vorstand gewählt. Alle Genossen, die auf dem Boden der U. S. P. D. und des in Halle beschlossenen Manifestes stehen, werden aufgefordert, an dem Jahrestag teilzunehmen, der am Sonnabend, den 13. Oktober, im Lokal von Chemnitz, Germania, Ecke Ringstraße, tagt. Um die Arbeiterklasse endlich aktionsfähig zu machen, ist es Pflicht aller Genossen, die nicht zu den Kommunisten gehen wollen, an diesem Jahrestag teilzunehmen.

Brig

Die Generalversammlung am Mittwochabend brachte auch hier die Scheidung der Neukommunisten hatten sich neben einer größeren Anzahl von fremden Gästen sehr frühzeitig eingefunden. Sie hatten in einer Extrastunde schon einen Vorstand gewählt und hatten nun mit Hilfe der fremden Gäste den geladenen Ortsverein in ihre Hände zu bekommen. Doch dazu kamen sie nicht. Nachdem Genosse Rosenkranz die Versammlung eröffnet hatte, witzelte er in kurzen, laßigen Sätzen die Situation und schloß dann zur Verblüffung der Moskauer die Versammlung mit der Aufforderung an die treuegeliebten Mitglieder, den Saal zu verlassen. Ihr Todten nähete den Kommunisten nicht; der größte Teil der Anwesenden folgte der Aufforderung des Vorsitzenden. Von den Zurückgebliebenen hat sich ein Teil und bringt für unsere Sache erklärt.

Nach Fortsetzung in einem anderen Lokal wurde nach kurzer Beratung der Vorstand neu gewählt. Vorsitzende: Rosenkranz; Schriftführer: Kossierer; Treibsch: Schriftführer: Berlin; Beisitzer: Müller; Liedler, Kiede, Folgi und Ullrich. — Heute, Sonnabendabend 10 Uhr, findet eine Sitzung sämtlicher Funktionäre im Lokal Schröder, Chausseestraße, statt.

Preussische Landesversammlung

Freitag, den 22. Oktober 1920.

Das Landwirtschaftskammergesetz

Es folgt die erste Lesung des Landwirtschaftskammergesetzes und des Ergänzungsgesetzes dazu. Durch das Gesetz wird das passive Wahlrecht auf alle Angehörigen des Landwirtschaftlichen Berufsstandes ausgedehnt, das aktive Wahlrecht auf zwanzig Jahre festgesetzt. Für Fischerei, Forstwirtschaft und Gärtner sollen besondere Kammern eingerichtet werden. Die Spitze bildet eine Hauptlandwirtschaftskammer.

Abg. Wittig (Soz.): Die Maßnahmen der Regierung gegen den Großgrundbesitz werden nicht durchgeführt, weil man vor der Macht der Rechtsparteien Angst hat. Wenn es im Winter 1920/21 zu Kuständen wegen der Ernährungsschwierigkeiten kommt, so ist das nicht ein Ausdruck der Lust zum Randkollern, sondern solche Ereignisse wären nur das Ergebnis der bitteren Ernährungsnot. In der Verschärfung der Gegensätze zwischen Stadt und Land tragen namentlich die Kreise Schuld, die die Landwirtschaftskammern immer noch als Stützpunkte für ihre Heße gegen die Landarbeiterkassen benutzen. Die Ernährungsschwierigkeiten werden verschärft durch die Forderungen der Entente, die von uns jährlich 810 000 Rühle fordert, obwohl wir schon einmal 100 000 Rühlstübe abgeliefert haben. Darüber ist die Bevölkerung mit Recht erregt, denn diese Forderung würde bedeuten, daß 4 888 000 Säuglinge keine Milch mehr bekommen können. Nun aber die Mehrheit der Reichstages. Die deutsche Landwirtschaft wäre wohl insstande, die Milchversorgung so durchzuführen, daß wenigstens die Säuglinge, Kinder, Kranke und werdenden Mütter ihre Rationen erhalten könnten, und zwar aus Deutschland. Preußen allein produziert 97 000 Liter Milch täglich und trotzdem ist die Not in den Städten, besonders in Berlin, riesig. Kleine Mengen Milch müssen aus Dänemark und Holland bezogen werden. Wir müssen auf diese Weise fast 57 Millionen Mark allein für Milch in das Ausland gehen lassen. Nehlich liegt es bei der Butter. Die Landwirtschaftskammer ist unbedeutend nötig, um solche Zustände zu verhindern. Die indirekte Wahl zur Landwirtschaftskammer muß verschwinden. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Künze (Soz.): Mit diesen Einzelheiten des Gesetzes sind wir nicht einverstanden.

Abg. Graf v. Kanitz (DnA): Die Landwirtschaftskammern haben trotz der ungenügenden Vertretung des Kleinbäuerlichen Hervorragendes geleistet. Das neue Gesetz darf nicht überflüssig werden. Ich muß dem Herrn Minister mein Mißtrauen aussprechen, weil er die landwirtschaftlichen Berufsvertretungen nicht vor der Ausarbeitung des Gesetzes gehört hat. Im Interesse der Landwirtschaft wäre es besser, das aktive Wahlrecht auf 25, das passive auf 30 Jahre festzusetzen. Ich beantrage die Ueberweisung des Entwurfs an einen besonderen Ausschuss von 29 Mitgliedern.

Abg. Dr. Schröder-Halle (Dem.): Wir begreifen den Entwurf. Es ist zu prüfen, ob nicht auch den Frauen eine Vertretung etwa in Form einer Sondergruppe zu gewähren ist. Wir sind für eine schnelle Verabschiedung des Gesetzes, denken aber im Übrigen nicht daran, die Landesversammlung lediglich deswegen nur einen Tag länger zusammenzuhalten. (Beifall bei den Dem.)

Landwirtschaftsminister Braun: Durch die Einbringung des Gesetzes hat die Regierung lediglich einem Ersuchen der Landesversammlung stattgegeben. Ein Antrag auf schnelle Einbringung des Gesetzes war so mit großer Mehrheit angenommen worden. Auch das Zentrum hat für diesen Antrag gestimmt. (Hört, hört links.) Die Vorlage ist mit aller Gründlichkeit durchgearbeitet worden. Von einer Ueberarbeitung kann keine Rede sein. Die Ueberweisung an den Ausschuss des alten Gesetzes ist auch von landwirtschaftlicher Seite anerkannt worden, auch von dem Organ der dem Zentrum angeschlossenen rheinischen Bauernvereine. Preußen kann nicht warten, bis sich die einzelnen Reichsregierungen über die Organisation einig werden. Ich habe es für eigenartig, daß Abgeordnete verschiedener Reichskammern gegen preussische Landesminister auszusprechen. (Widerriecht rechts.)

Genosse Klausner

Die Landwirtschaftskammern sind immer eine Stütze des Großgrundbesitzes gewesen, deshalb tritt auch Graf Kanitz so lebhaft für sie ein. Der Graf hat vorgeschlagen, man solle einen von ihm ausgearbeiteten Gesetzentwurf abwarten. Gegen solche Vorschläge von agrarischer Seite haben wir immer heftiges Mißtrauen gehabt (Heiterkeit) und wir dürfen wohl annehmen, daß es sich hier wieder nur um ein Verschleppungsmanöver handelt. Die im § 5 vorgezeichnete Gruppenwahl können wir nicht annehmen. Es ist wirklich ein starkes Stück, daß die gegenwärtige Regierung ein derartiges Dreiergruppenwahlrecht vorschlagen mag, das nur den Großgrundbesitz besonders stärken kann. Auch die dreijährige Jugendfrist zum Beruf ist eine Beschränkung, die gerade jetzt unangebracht ist, wo man die Arbeiter auf das Land hinarbeitet. Man kann sagen, daß diese Bestimmungen geradezu gegen die Arbeiterkassen gemacht ist, um ihr das Wahlrecht zu unterbinden. Auch die Verschärfungen des passiven Wahlrechts sind unerträglich. In der Ausschussberatung werden wir noch einige andere Wünsche vorbringen. Wir sind für rasche Verabschiedung des Gesetzes, denn wir wünschen die Neuwahlen, um die Stimmung des Landes festzustellen. (Gelächter rechts.) Abg. Stendel: Wer wacht da? (Heiterkeit.) Wir fürchten die Wahlen nicht. (Beifall bei den U-Soz.)

Abg. Stendel (D. Sp.): Wir müssen uns wundern, daß man heute, in einer Zeit der stärksten Freiheit, die Rechte der Landwirtschaftskammern durch die Aufsichtsbefugnisse so außerordentlich beschränkt. Wenn das alte Gesetz auch geändert werden muß, so ist diese Aufgabe doch nicht so dringlich. Damit schließt die Aussprache. Ein deusch-nationaler Antrag auf Ueberweisung des Entwurfs an einen verstärkten Sonderausschuss wird gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien abgelehnt und das Gesetz dem Landwirtschaftsausschuss überwiesen.

Darauf wird die zweite Lesung des Staats beim Haushalt der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt.

Das Haus vertagt nach einer Rede des Abg. Haberland (Soz.) die Ueberberatung am Mittwoch 2 Uhr. Außerdem Tagesmahlzeitenangaben der Gemeinden.

Oxen: YORK mit Goldmundstück
mit Korkmundstück
GARBÄTY

Der Kontrakt

Von Karl Berg

Der nachfolgende Artikel, der das Wochen erscheinende Nr. 41 des „Sozialisten“ entnommen ist, ist vor dem Verfallungsdatum erschienen. Er enthält aber durch das Fehlen der aus der Partei ausgeschiedenen Kommunisten erhaltene Aktualität.

Wenn jemand einen Kontrakt unterschreibt, so vergewissert er sich gewöhnlich vorher, ob er ihn halten kann, ob er ihm das bringt, um dessen willen er ihn schließen will. Nun gibt es allerdings Kontrakte, die von Verzweifelten unterschrieben werden, denen das Wasser bis zum Lippenrande steht und die glauben, sich durch den einen Federstrich der Unterschrift noch retten zu können. Sie fragen nicht mehr nach den Bedingungen des Kontraktes, er bringt ihnen Rettung, und der Federstrich wird getan.

Schlimm steht es, wenn nur die Einbildung, die in maßloser Verwirrung keinen anderen Ausweg mehr zu finden meint, die Feder zur Unterschrift eines solchen Kontraktes in die Hand drückt. Die deutsche Arbeiterschaft, zermürbt und zerstückelt durch den Krieg, seine Folgen und durch die Fortdauer eines Produktionsystems, das auf ihrer Not basiert, steht heute — zu einem Teil — bereit, einen Vertrag zu unterschreiben, der ihr Erlösung verspricht und dafür ihr „Ja“ fordert.

Aus der Tatsache, daß die jahrzehntelang gepredigte Solidarität des Arbeitervolkes aller Zungen beim gewaltigen Ausfluten der imperialistischen Kriegswelle 1914 in jämmerlichen Fetzen davongetrieben wurde, ist der fatalistische Glaube der Masse entstanden: Es müsse ein Eisen kommen, der sie zu führen verstehe, der mächtig sei, aus dem Wort die Tat zu formen; der könne die kapitalistische Gesellschaftsordnung einreißen und an ihre Stelle den Beginn des Sozialismus setzen.

Das Heil soll von Moskau kommen. Lenin! — Man muß in die Menschenbrandung der Massenversammlungen dieser Tage gehaut und muß gehört haben. Kein Redner — mochte er noch so klar die deutschen und westeuropäischen Hemmungen aufzeigen, die dort untauglich waren, was in Russland möglich, vielleicht notwendig war — wurde angehört.

Auf mathematisch exakte Beweise: bitteres, wütendes Aufschauen, ekstatisches Aufbäumen: „Wir wollen nicht hören, wir wollen nicht sehen, wir wollen die Tat, und Moskau ist die Tat!“ „Ist Moskau die Tat? — Hört einmal genau hinüber —! Klingt's nicht, als ob sich die Trojka, die Lenin, Sinowjew und Radek verweigert wehren gegen eine täglich mehr aufsteigende lähmende Erkenntnis, daß das, was um sie wird, kein sozialistisches Werden ist?“

Gemäß, es steckt eine begeisterte Wucht in dem manchmal in graunaher Tat sich ausprägenden Willen von Moskaus Herrscher. Der Name „Lenin“ wirkt wie Hellsicht. Er ist ein Heiliger! Ist's denn anders möglich? — Hat je ein russischer Zar, ein Großer sich mit solcher Energie für den russischen Proletariat eingesetzt? — Hat je einer Tausende getötet, um nur und nur dem arbeitenden Volke zu helfen? —

Ob es der rechte Weg ist, den Lenin geht, — wir können — für Russland — das Gegenteil nicht beweisen.

Und nun Deutschland! Zäh und buchstabengläubig hat sich zu Beginn der achtzehner Revolte das Hüflein der Kommunisten gehockt. Hoch gegen das System der Ausbeutung, begierter Sozialismus, verzückte Anbetung der russischen Götter mischte sich mit lastberechnendem Eigenmachtswillen zu festem Bunde.

Die Massen standen fern. Sie verstanden zunächst, — sie verzeihen heute noch nicht.

Das kommunistische Kampfhüflein fand die Beachtung der Moskauer. Kluge Ratschläge kamen von dort. Der Müßige fleh: „Kulakren!“

Hatte die „alte Partei“ sich verausgabt in Tausenden von kleinen Tagesanweisungen und Anpassungsformeln für die Arbeit in den Parlamenten, Gewerkschaften, Genossenschaften und Arbeitervereinen, so hatten die Kommunisten erkannt, daß dadurch die vielen Glieder der „alten Partei“ mit Millionen Wurzeln am Bestehenden und unter sich verankert waren. Wohl gelang es, die Mitglieder zum Abbröckeln zu bringen, aber die Partei in ihrem Gefüge zum Abgleiten „nach links“ zu bringen, gelang nicht.

Doch da waren die Massen bereit, die sich, nach und nach erwachend, bewußt gewehrt hatten gegen das Verborgene, die,

immer stärker werdend, gegen den wahnwitzigen Krieg, gegen das System des ewigen Krieges überhaupt, sich gewehrt und gewendet hatten. In erbittertem Kampf standen diese Massen gegen die Rechtssozialisten und gegen alles, was verleben, reformieren, „wiederaufbauen“ wollte.

Als die Führer der Unabhängigen, Leute — die nicht seit heute und gestern im Ringen standen, in richtigem Verstand anfangen, das Wissen der Massen zu vertiefen, von den allzu leichten Tagesaufgaben zu der großen Kiesenarbeit des Proletariats, zu lenken, da mühten sie — unabwendbar — das Feld bereiten für die kommunistische Werbearbeit. Sie mühten die Verwurzelung der Masse mit den billigen Augenbildserungen vermeiden, mühten die Wände auf den Endlampen richten.

Jetzt war die Zeit gekommen, da die Kommunisten ihren Moskauer Schützern für deren Hilfe einen Dienst (so glauben sie) erweisen konnten. Zu Gruppen, zu Dutzenden verließen sie allerorts die Reihen ihrer eigenen Partei und traten in den Kreis der Unabhängigen. Sie halfen redlich, „aufklären“. Sie wendeten den Blick der Massen nicht nur von den Tageseschwierigkeiten, sondern auch von den wirtschaftlichen Tatsachen — soweit diese als Widerstände gewertet werden müssen — ab. Wo immer nur ein „Führer“ wagte, auf diese Widerstände zu verweisen, wo er verlangte, sie zu studieren, in die Rechnung einzusehen, da erweckten die Kommunisten in den Reihen der Unabhängigen Mißtrauen und „Rebellion“. Not und Elend halfen mit. Täglich spie die immer matter pulsierende Industrie neue Massen Arbeitloser aus Pfosten. Rasend kletterten die Preise und die Kleider der Proletarier gingen in Fetzen. Die Not der Masse wurde klug psychologisch umgemünzt und alles überhörend formte sich ein einziger Schrei:

„Hinweg mit dem, was uns so leidet! Ist!“
Jetzt war das Eisen zum Schmieden reif! — Der Ruf ging nach Moskau: „Macht den Kontrakt fertig, fordert, was ihr wollt, die Masse ist bereit, mit ihrer Seele zu zahlen!“

Heute liegt der Kontrakt vor! — In all seiner brutalen Härte. Nicht ganz glückte der Wurf; noch etwas zu früh für die Wünsche der Kommunisten kam er.

Die Masse stützte doch und eine starke Hälfte — so Schein's heute — bekennt sich.

Der Kampf um den Kontrakt wogt für und wider, oft in höchster Form. Ob Moskau geholfen ist? —

Was Moskau diktiert, ist keine Komponente aus den Notwendigkeiten der Revolution, keine schmiegsame h-t-w, die sich nach den vielgestaltigen Faktoren des Klassenkampfes dehnen kann.

Es ist ein tober, empirischer Willensstreik, der Anzügliches einbezieht, Notwendiges qualvoll zusammendrängt und Weichenstellungen ausschließt. Moskau hat einen gefährlichen Wurf getan. Es hat einen Kontrakt gestellt, der der kommunistischen Partei Deutschlands Massen zuführt, die die Rebellion im Leibe haben. Diese Rebellion, die unbeschwert ist von realer Umsicht, wird sich auflösen müssen — nach außen oder innerhalb der R. P. D.!

Gerade weil Moskau nicht nach Zeit und Umständen fragte, weil es den revolutionären Willen als oberste — fast alleinige — Kraft predigte, damit die Masse gewann, wird diese Masse die Tat fordern, auch ohne nach Zeit und Umständen zu fragen. Was das heißt? — Entweder: Aktionen zur Unzeit und damit Niederlage, oder: Enttäuschung der Massen und — erneute Spaltung!

Man will die Spaltung verhindern, wie man die Kritik unterbinden will? — Da steckt der Fehler! —

Wo ist der reale Nachschub, der das zumege bringt? Wo ist der starke Mann, der das Wuchern des von innen und außen genährten Mißtrauens im Reine erstickt? —

Der Kontrakt von Moskau — mag er eiserne Bedingungen aufweisen — er wird nicht gehalten werden, da er durch nichts verbürgt wird, als durch den Willen der Vertragsschließenden. Ueber diesem Willen aber schwebt das „loros majeure“ der harten realen Verhältnisse. Diese „höhere Gewalt“ wird den Kontrakt zerbrechen.

Hunderttausende werden ihn unterschreiben — kraft des Beharrungsvermögens, möchte man bald sagen. — Sie werden in harter Schule erkennen lernen, daß der Wille sich einfügen muß in die Angriffslinien, die das Vorwärtswirken des Stofflichen bietet. Nichts vermag der Wille allein.

Gewerkschaftliches

Die Lohnbewegung der Apothekenarbeiter

Am 10. September 1920 war vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin ein Schiedspruch gefällt worden, der den Apothekenarbeitern zu den bisherigen recht niedrigen Löhnen (120—160 M. pro Woche) einen mäßigen Zuschlag zusprach. Da sich auch mit dieser bescheidenen Zulage die Apothekenbesitzer nicht einverstanden erklären konnten, wurde die Angelegenheit zwecks Verbindlichkeitsklärung am Freitag vor dem Demobilisierungskommissar verhandelt. Trotz mehrfachen Bemühens des Vertreters des Demobilisierungskommissars konnte keine Einigung erzielt werden. Die Vertreter des Berliner Apothekervereins konnten sich zu keinem nennenswerten Zugeständnis bereitfinden. (Den Reineinmachefrauen bot man einen Stundenlohn von — sage und schreibe — 1,78 M.) Durch die unwahren Behauptungen eines der Herren, des Apothekenbesizers v. Lagiewski, wurden schließlich die Verhandlungen gesprengt.

In einer Versammlung der Apothekenarbeiter und -arbeiterinnen, am Freitag, den 20. Oktober 1920, in Wilkes Festhalle, Seebastionstraße, wird über die Verhandlungen Bericht erstattet und über weitere Maßnahmen Beschluß gefaßt werden.

Auf Beschluß einer Gruppenversammlung ist unsere Branche — in Hinblick auf die vereinzelte Beschäftigung der Kollegen und Kolleginnen — in Distrikte eingeteilt. Zwecks genauer Erfassung aller in den Groß-Berliner Apotheken beschäftigten Personen ist es unbedingte Pflicht, daß sich jeder bei seinem zuständigen, unten aufgeführten Distriktsführer persönlich oder schriftlich meldet.

- Josef Bodisch, Berlin W., Bismarckstr. 17, Eingang Frobenstraße.
- Paul Grume, Berlin O., Ebertstr. 301.
- Willi Berl, Berlin N., Carmen-Str. 131 III.
- Otto Matthies, Berlin SO., Kotbuser Damm 76, Quergeb. I.
- Alfred Golle, Charlottenburg, Leonhardtstr. 6 I.
- Karl Ulrich, Charlottenburg, Niebuhrstr. 6.
- Paul Denderok, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 8.
- Paul Schulz, Charlottenburg, Jagowstr. 20.
- Alfred Schwalm, Neukölln, Ackerstr. 43, Gartenhaus.

Der Gruppenführer:

Paul Hanckle, Berlin N. 37, Schwedter Str. 232, Stfl. III.

Streik in den Bach- und Schließgesellschaften in den westlichen Bezirken. Die Wachangestellten der Nachtwachgesellschaft Charlottenburg, Berliner Bach- und Schließgesellschaft, Inspektion Potsdam, und der Schöneberger Bach- und Schließgesellschaft, sind am 21. Oktober in den Streik getreten, zur Eringung eines Monatslohnes von 675 M., welcher durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin, den Wächtern zugesprochen wurde. Während 7 Gesellschaften mit 1300 Beschäftigten die Forderungen anerkannten, verweigerten diese Gesellschaften zu einer Regelung mit weit niedrigeren Lohnsätzen zu kommen. Dieses Angebot lehnten aber die Wächter einstimmig ab und traten daraufhin in den Ausstand.

Überblick der Lohnverhandlungen der Handelsarbeiter im Textil-Großhandel. Am 9. September hatten die Handelsarbeiter den Arbeitgebern dieser Branche Lohnforderungen eingereicht. Auf wiederholtes Drängen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes hatte die Arbeitgeber-Organisation, welche zunächst einen Lohnabbau erstrebte, die Vertreter der Arbeitnehmer zu einer Verhandlung am 21. 10. geladen, ohne verhandeln zu wollen. Der Lohnkommission der Handelsarbeiter wurde seitens des Verhandlungsleiters der Arbeitgeber (anscheinend der neue Stern im Großhandel) in sonst nicht üblicher Weise jedes Entgegenkommen abgelehnt.

Der Herr, welcher für die Wirtschaftslage des Arbeiters absolut kein Verständnis bewies, glaubt der Kommission sagen zu müssen, daß der Textil-Großhandel, trotz gutem Geschäftsgange, nicht in der Lage wäre, irgendwelche Lohnaufbesserungen zu gewähren; eine Branche, welche Riesengewinne gemacht hat, deren Preisfestsetzungen wesentlich dazu beigetragen haben, daß die Arbeiterschaft bei der heutigen Entlohnung außerhande ist, Bekleidungsgegenstände zu kaufen.

Die Stellungnahme dieses Vorstehenden wirkt um so reaktionärer, als eine ganze Anzahl anfälliger Arbeitgeber dieser Branche die geforderten Löhne bereits zahlen oder in Erwartung der kommen-

Sunger

Roman von Knut Hamson.

Lange saß ich und freute mich über diesen Gedanken. Die Zeit verging. Oben in den Kastanien rauschte der Wind, der Tag ging zur Reize. War es aber nicht vielleicht zu gering, mit sechs Barbierbilletts zu einem jungen Menschen zu kommen, der in einer Bank angestellt war? Er hatte vielleicht zwei gepropft volle Barbierbüchsen in der Tasche, viel reinere und feinere Biletts als meine. Wer konnte das wissen! Und ich durchsuchte alle meine Taschen nach anderen Dingen, die ich mit drein geben könnte; aber ich fand nichts. Wenn ich ihm nur meine Kravatte anbieten könnte! Ich konnte sie sehr gut entbehren, wenn ich meinen Rock fest zuknöpfte, und das mußte ich ja ohnehin tun, weil ich keine Weste mehr hatte. Ich löste die Kravatte, eine große Schleife, die meine halbe Brust bedeckte, puhte sie sorgsam ab und räckte sie zusammen mit dem Barbierbüchsen in ein Stück weißen Schreibpapiers. Dann verließ ich den Kirchhof und ging hinunter nach dem Café.

Am Rathaus war es sieben Uhr. Ich bewegte mich in der Nähe des Cafés, ging am Eisengitter auf und ab und hielt scharfe Musterung über alle, die durch die Tür kamen und gingen. Endlich gegen acht sah ich den jungen Mann frisch und elegant die Straße heraus kommen und auf das Café zusteuern. Mein Herz flatterte wie ein kleiner Vogel in meiner Brust, als ich ihn gewahrte, und ohne zu grüßen, stürzte ich auf ihn los.

„Eine halbe Krone, alter Freund!“ sagte ich ganz frech, „hier — hier haben Sie Wasuta“, und dabei schob ich ihm das kleine Paket in die Hand.

„Hab ich nicht!“ sagte er, „bei Gott, ich hab sie nicht!“ und dabei lehnte er seine Geldbörse vor meinen Augen um.

„Gestern abend habe ich gebummelt und wurde bei dieser Gelegenheit blank; glauben Sie mir, ich habe nichts.“
„Nein, mein Vester, es wird wohl so sein!“ entgegnete ich und glaubte ihm aufs Wort; er hatte ja gar keinen Grund, wegen einer solchen Kleinigkeit zu lügen; es kam mir auch so vor, als würden seine blauen Augen feucht, da er seine Taschen untersuchte und nichts fand. Ich zog mich zurück.

„Entschuldigen Sie“, sagte ich, „ich bin nur augenblicklich in einer kleinen Verlegenheit.“

„Ich war schon ein Stück die Straße hinunter, als er mich wegen des Päckchens zurückrief.“

„Behalten Sie es nur! behalten Sie's!“ antwortete ich, „es sei Ihnen gegnämt! Es sind nur ein paar Kleinigkeiten — ein Nichts — so ziemlich alles, was ich auf Erden besitze!“ Und ich wurde über meine eigenen Worte gerührt, sie klangen

so trostlos in dem dämmerigen Abend, daß ich anfang, zu weinen. . .

Der Wind wurde stärker, die Wolken jagten wild daher, und mit zunehmender Dunkelheit wurde es immer kälter. Die ganze Straße hinunter weinte ich; ich empfand so viel Mitleid mit mir selbst und wiederholte ununterbrochen ein paar Worte, einen Ausruf, der mir wiederum Tränen erpreßte, wenn sie kaum ausgehört hatten zu fließen: O Gott, mir ist so weh! O Gott, mir ist so weh!

Eine Stunde verging, sie verging so langsam und träge. Ich hielt mich einige Zeit in der Torogade auf, saß auf den Hausstufen, schlief in die Hausflure, wenn jemand vorüber kam, und starrte gedankenlos in die hellerleuchteten Magazine, wo die Leute mit Geld und Waren handlierten; endlich fand ich eine ruhige Ecke hinter einem Breiterstapel zwischen der Kirche und dem Bogaz.

Nein, heute abend konnte ich nicht mehr hinaus in den Wald, komme, was da wolle; ich hatte keine Kraft mehr dazu, und der Weg war so endlos lang. Ich wollte die Nacht verbringen, so gut es ging, und bleiben, wo ich war; wenn es zu kalt wurde, konnte ich um die Kirche herumgehen; ich wollte gar keine Umstände mehr mit mir machen. Dann lehnte ich mich zurück und verfiel in Halbschlaf.

Der Lärm rund umher verstummte, die Geschäfte wurden geschlossen; immer seltener vernahm ich die Schritte der Vorübergehenden, und nach und nach erlosch auch das Licht in allen Fenstern. . .

Ich schlug die Augen auf und sah eine Gestalt vor mir; die blauen Knöpfe, die mir entgegenfunkelten, ließen mich einen Konstabler ahnen; das Gesicht des Mannes konnte ich nicht unterscheiden.

„Guten Abend!“ sagte er.

„Guten Abend!“ antwortete ich und bekam Angst. Verlegen stand ich auf. Er stand unbeweglich vor mir.

„Wo wohnen Sie!“ fragte er.

Aus Gewohnheit und ohne lange zu überlegen, nannte ich meine alte Adresse, die kleine Mansarde, die ich verlassen hatte. Er stand noch immer da.

„Habe ich etwas Unrechtes getan?“ fragte ich ängstlich.

„Nein, weit entfernt!“ erwiderte er. „Aber Sie sollten lieber nach Hause gehen, es ist zu kalt hier zu liegen.“

„Ja, es ist wahr, ich fühle, es wird kühl.“

Und ich sagte gute Nacht und schlug instinktiv den Weg nach der alten Welaufung ein. Wenn ich recht vorläufig war, konnte ich vielleicht hinaufgelangen, ohne daß mich jemand hörte; im ganzen waren es acht Stiegen, und nur die Stufen der beiden obersten knarrten ein wenig.

Vor der Tür zog ich die Stiefel aus und ging dann hinout. Ueberall Stille; in der zweiten Etage vernahm ich das lang-

same Tiktak einer Uhr, und ein Kind, das leise weinte; dann nichts mehr. Ich fand meine Tür, hob sie ein wenig in den Angeln und öffnete sie, wie es meine Gewohnheit war, ohne Schlüssel, trat ins Zimmer und zog die Tür lautlos hinter mir zu.

Es war alles noch so, wie ich es verlassen hatte, die Gardinen vor den Fenstern waren zur Seite geschlagen, und das Bett stand leer; vom Tisch her schimmerte etwas Weißes, wahrscheinlich mein Zettel an die Wirtin; sie war also nicht einmal hier oben gewesen, seitdem ich fortgegangen. Ich fuhr mit der Hand über den weißen Fleck und fühlte zu meiner Verwunderung einen Brief. Einen Brief? Ich nehme ihn aus Fenster, entziffere so gut, wie es sich im Dunkeln tun läßt, die schlecht geschriebenen Buchstaben und erkenne endlich meinen eigenen Namen. Aha! dachte ich, Antwort von der Wirtin, ein Verbot, das Zimmer wieder zu betreten, wenn ich es mir vielleicht einfallen lassen sollte, wiederkommen!

Und langsam, ganz langsam verließ ich das Zimmer wieder, trage die Stiefel in der einen, den Brief in der anderen Hand und die Fesse unterm Arm. Ich mache mich ganz leicht und heiße die Föhne auf den knarrenden Stufen zusammen, komme glücklich die vielen Treppen hinunter und sehe wieder unten in der Haustür.

Dann ziehe ich die Schuhe an, lasse mir gute Zeit mit den Riemen, sitze noch einen Augenblick still, nachdem ich fertig bin, starre gedankenlos vor mich hin und halte den Brief in der Hand.

Endlich sehe ich auf und gefe.

Oben in der Straße blinkt der gelbe Schein einer Gaslaterne, ich trete unter das Licht, stemme meinen Paß gegen den Laternenpfahl und öffne den Brief — alles äußerst langsam.

Wie ein Lichtstrom schießt es durch meine Brust: — ich höre, wie ich einen leisen Laut ausstoße, einen sinnlosen Ausruf der Freude: der Brief war vom Rebatteur, mein Feuilleton war angenommen und bereits gefe. Ein paar kleine Abänderungen. . . ein paar Schreibfehler verbessert. . . talentvoll gemacht. . . wird morgen gedruckt. . . zehn Kronen.

Ich lachte und weinte, lief in großen Sprüngen die Straße hinunter, blieb stehen, stieß auf die Knie und schwor hoch und teuer ins Blaue hinein. Und die Stunden vorzuziehen.

Die ganze Nacht hindurch bis zum hellen Morgen loderte ich in den Gassen umher und wiederholte, dumm vor Freude unaufhörlich: Talentvoll gemacht, also ein kleines Meisterwerk, ein Geniestreich. Und zehn Kronen.

(Fortsetzung folgt.)

